

Rieser Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Zirkelnummer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 96.

Montag, 25. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsrat und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Ausgang der Preußenwahl

Die Nationalsozialisten die weitaus stärkste Partei, aber keine Mehrheit rechts. Verluste der Sozialdemokraten, die Mitte fast verschwunden.

Das Ergebnis von Preußen.

	Landtagswahl 1932	Landtagswahl 1928	Reichstagswahl 1930
Sozialdemokr.	4 674 943 (93 Sitze)	5 465 000 (137)	4 989 000
Zentrum	3 374 441 (67 ")	2 738 000 (71)	3 158 000
Staatspartei	332 441 (2 ")	840 000 (21)	681 000
Nationalsoz.	8 008 219 (162 ")	553 000 (6)	3 968 000
Deutschnat.	1 524 936 (31 ")	3 275 000 (82)	1 969 000
Deutsche Volksp.	330 825 (7 ")	1 602 000 (40)	1 004 000
Wirtschaftsp.	191 021 (— ")	840 000 (21)	803 000
Landvolk	176 816 (— ")	464 000 (7)	579 000
Nationale Front	51 801 (— ")	— (—)	—
Christl.-Soz. Vd.	255 066 (2 ")	— (—)	509 000
Kommunisten	2 819 602 (57 ")	2 237 000 (56)	3 141 000

Auf die Volkspartei entfielen 44 229 Stimmen (— Mandat), auf die übrigen Parteien rund 620 000 Stimmen. Insgesamt wurden 22 402 000 Stimmen abgegeben.

Bei den Vergleichszahlen von der Landtagswahl 1928 ist die Zahl der Mandate so angeführt, wie sie sich bei der Wahl selbst ergab. Später sind mehrfach Änderungen eingetreten, so daß sich die Mandate beim Auseinandergehen des Landtages wie folgt verteilen: 137 Sozialdemokraten, 71 Zentrum, 22 Staatspartei, 9 Nationalsozialisten, 71

Deutschnationale, 40 Deutsche Volkspartei, 16 Wirtschaftspartei, 4 Christlich-Sozialer Volksdienst, 19 Deutsche Fraktion (Landvolk 12, Hannoverscher 5 und Volkrecht 2), 48 Kommunisten, 13 Splittergruppen.

Bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März entfielen in Preußen auf Hindenburg 11 019 000, Hitler 6 882 000, Tucherberg 1 820 000, Thälmann 3 280 000 Stimmen. Im zweiten Wahlgang am 10. April erhielten Hindenburg 11 452 000, Hitler 8 204 000 und Thälmann 2 442 000 Stimmen.

Schwere politische Ausschreitungen in Berlin.

Zwei Todesopfer.

Berlin. Nachdem es in der Reichshauptstadt in der Nacht zum Wahlsonntag schon vielfach zu kleineren Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern gekommen war, forderte der Wahltag am frühen Morgen bereits ein Todesopfer. Im Südwesten Berlins in der Köpenicker Straße wurde gegen 4 1/2 Uhr der 22jährige Kaufmann Udo Curtz, ein Angehöriger der nationalsozialistischen Partei, von Kommunisten überfallen und durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Vier Kommunisten wurden als mutmaßliche Täter verhaftet. Als im Laufe des Sonntags vormittags die Ermordung des jungen Nationalsozialisten im Südwesten Berlins bekannt wurde, wurden in der dortigen Gegend vielfach die Dafenkreuzfahrten mit einem Trauerkors versehen. — Ob es sich bei einem zweiten Fall auch um einen politischen Mord handelt, bedarf noch der Klärung. In einem Garten am Rahdenweg in Steglitz wurde gegen 5 Uhr die Leiche des Architekten Hugo Freed aus Charlottenburg gefunden. Freed ist wahrscheinlich nach vorausgegangenem Kampf über einen 1 1/2 Meter hohen Drahtzaun geschossen worden. Am Hohenzollernplatz wurden gegen 6 Uhr früh Nationalsozialisten von mehreren Kommunisten angegriffen und durch Messerstiche und Stockschläge verletzt. Die Zahl der in den letzten 24 Stunden bei der politischen Polizei eingelieferten Verletzten beträgt etwa 200. Die Polizei übte unter anderem auch eine Geheimversammlung linksradikaler Elemente in einem Keller der Friedrich-Karl-Straße auf und nahm dort 9 Personen fest.

Bayern

Im Gegensatz zu Preußen, Württemberg, Anhalt und Hamburg konnten die Nationalsozialisten in Bayern nicht die höchste Stimmengahl auf sich vereinigen; sie bleiben hier allerdings nur um 1400 Stimmen hinter der stärksten Partei, der Bayerischen Volkspartei, zurück. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Bayerische Volkspartei	1 272 074
Sozialdemokraten	604 098
Bayerischer Bauernbund	253 260
Deutschnationale Volkspartei	127 963
Nationalsoz. Deutsche Arbeiterp.	1 270 602
Kommunisten	259 400
Sozialistische Arbeiterpartei	13 452
Christlichsoz. Volksdienst	42 109
Volkspartei und Wirtschaftsp.	66 012

Die vorläufige Mandatsverteilung in Bayern lautet: Bayerische Volkspartei 45 (46) Sitze; Sozialdemokraten 20 (24) Sitze; Bauernbunds-Partei 9 (17) Sitze; Deutschnationale 3 (13) Sitze; Nationalsozialisten 49 (9) Sitze; Kommunisten 8 (5) Sitze. Die Deutsche Volkspartei verlor trotz Verknüpfung mit der Wirtschaftspartei ihre letzten 4 Sitze.

Württemberg

Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis sind die Nationalsozialisten die stärkste Partei. Starke Verluste erlitten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, während das Zentrum seinen Besitz erhalten konnte. Die Wahlbeteiligung betrug 71,2 Prozent, liegt also um fast 10 Prozent hinter der Reichspräsidentenwahlen.

Es erhielten:

Sozialdemokraten	206 572
Deutschnationale Volkspartei	53 410
Zentrum	254 675
Kommunisten	116 644
Deutsche Volkspartei	19 319
Demokraten	59 689
Nationalsoz. Deutsche Arbeiterp.	328 188
Christlichsozialer Volksdienst	52 352
Bauern- und Weingärtnerbund	133 645

In Württemberg verteilen sich die Mandate wie folgt: Sozialdemokraten 14 (22) Sitze; Zentrum 17 (17) Sitze; Bauernbund 9 (10) Sitze; Kommunisten 7 (8) Sitze; Deutschnationale 4 (4) Sitze; Deutsche Volkspartei 0 (4) Sitze; Christlich-Soziale 3 (3) Sitze; Nationalsozialisten 23 (9) Volkspartei 0 (0) Sitze; Demokraten 4 (8) Sitze.

Anhalt

In den neuen Anhaltischen Landtag ziehen die Nationalsozialisten gleichfalls als die stärkste Partei ein. Hier verteilen sich bei der hohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent die Stimmen und Mandate folgendermaßen:

Sozialdemokraten	75 120 (12)
(in Klammer die Zahl der erhaltenen Mandate)	
Deutschnationale Volkspartei	12 807 (2)
Zentrum	2 630 (1)
Kommunisten	20 414 (3)
Deutsche Volkspartei	8 194 (2)
Haus- und Grundbesitzer	6 368 (1)
Deutsche Staatspartei	3 227 (1)
Nationalsozialisten	89 602 (15)
Sozialistische Arbeiterpartei	803 (—)

Hamburg

Bei den Wahlen für die Hamburger Bürgerschaft stehen die Nationalsozialisten ebenfalls an der Spitze. Die Sozialdemokraten verzeichnen einen Gewinn von 12 000 Stimmen und die Staatspartei einen solchen von 23 000, während der Rückgang der kommunistischen Stimmen rund 50 000 beträgt. Stärkere Verluste erlitten noch die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen.

Es erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	226 233 (214 500)
(in Klammer die Wahlen vom 27. Sept. 1931)	
Deutschnationale Volkspartei	32 344 (43 300)
Zentrum	10 019 (10 800)
Kommunisten	119 477 (168 700)
Deutsche Volkspartei	23 805 (36 900)
Wirtschaftspartei	4 880 (11 400)
Deutsche Staatspartei	14 139 (87 100)
Christlich-Soziale	7 729 (10 800)
Sozialistische Arbeiterpartei	2 200 (—)
Nationalsozialisten	233 528 (202 500)

Mandate erhalten: Sozialdemokraten 49 (Bürgerchaftswahl vom 27. Sept. 1931, 46), Nationalsozialisten 51 (43), Kommunisten 26 (35), Staatspartei 18 (14), Deutschnationale 7 (9), Deutsche Volkspartei 5 (7), Wirtschaftspartei 1 (2), Christlich-Soziale 1 (2), Zentrum 2 (2). Insgesamt 160 Abgeordnete (160).

Die Nationalsozialisten erhalten 162 Mandate im preussischen Landtag.

Berlin. Dem Landeswahlvorstand der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei haben sich auch die Hand- und Landwirte-Partei, die insgesamt 67 405 Stimmen auf sich vereinigen konnte, die Nationalistische Deutsche Arbeiter-Partei, die 11 592 Stimmen erzielt hat, und die Großdeutsche Liste Schmalitz, die 4570 Stimmen bekam, angeschlossen. Es kommen also der NSDAP auf der Landesliste außer ihren eigenen Reststimmen noch diejenigen der drei genannten Parteien, zusammen 83 567 Stimmen zugute. Mit den 8219 Stimmen, die bei der Mandatsverrechnung auf der Landesliste der NSDAP zunächst unberücksichtigt bleiben mußten, stehen der Partei noch weitere 91 786 Stimmen zur Verfügung, wofür ihnen auf Grund des Wahlergebnisses zwei weitere Sitze zu geben sind. Die vorläufige Mandatsziffer der Nationalsozialisten beläuft sich demnach auf 162.

Morgen Zusammentritt des preussischen Kabinetts.

Berlin. (Funkpruch.) Das preussische Staatsministerium wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, morgen wahrscheinlich in den Vormittagsstunden zu einer Sitzung zusammentreten, um zu dem Ergebnis der Wahlen Stellung zu nehmen. Ein früherer Zusammentritt war deshalb nicht möglich, weil ein Teil der preussischen Minister erst im Laufe des heutigen Tages nach Berlin zurückkehrt. Es ist anzunehmen, daß das preussische Kabinett eine formulierte Erklärung herausgeben wird.

Deutschnationale Volkspartei an den preussischen Ministerpräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den preussischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Die geistigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 57 der preussischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtags nicht mehr besitzen wird. Es ist daher widersinnig, daß die Regierung noch im Amt bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor vier Jahren gewählten Landtags beruft. Ramens der Deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher, die sofortige Auflösung des jetzigen Landtags nach Artikel 14, Absatz 1 der Verfassung durch Beschluß des in diesem Artikel vorgesehenen Ausschusses herbeizuführen.“

Abdruck dieses Schreibens habe ich den Herren Präsidenten des Landtags und des Staatsrats zugehen lassen.“